

Antrag 144/II/2019**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Handelsabkommen EU-Mercosur: Kein Abkommen zu Lasten von Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz sowie bäuerlicher Landwirtschaft!**

1 Die EU und der südamerikanische Staatenbund Mercosur
2 (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) wollen
3 gemeinsam die größte Freihandelszone der Welt auf-
4 bauen. Nach jahrelangen Verhandlungen verkündete EU-
5 Kommissionschef Jean-Claude Juncker Ende Juni 2019,
6 dass die Vertragspartner*innen eine politische Einigung
7 erzielt haben.

8
9 Das Abkommen soll über den Abbau von Zöllen und an-
10 deren Handelshemmnissen den Warenaustausch stärken
11 und Unternehmen Kosteneinsparungen in Milliardenhö-
12 he bringen. Der Staatenbund Mercosur ist mit einer Be-
13 völkerung von mehr als 260 Millionen Menschen einer der
14 großen Wirtschaftsräume der Welt. Die EU kommt sogar
15 auf mehr als 512 Millionen Einwohner. Die Exporte von EU-
16 Unternehmen in die vier Mercosur-Staaten beliefen sich
17 2018 auf rund 45 Milliarden Euro, in die andere Richtung
18 waren es Ausfuhren im Wert von 42,6 Milliarden Euro. Die
19 Mercosur-Staaten exportieren vor allem Nahrungsmittel,
20 Getränke und Tabak in die EU. Von dort gehen wiederum
21 vor allem Maschinen, Transportausrüstungen sowie Che-
22 mikalien und pharmazeutische Produkte nach Argentinien,
23 Brasilien, Paraguay und Uruguay.

24
25 Laut EU-Kommission werden die Vertragspartner*innen
26 den Entwurf nun juristisch prüfen und das endgültige Ab-
27 kommen ausformulieren. Dann soll der Vertrag dem Euro-
28 päischen Parlament und den nationalen Parlamenten zur
29 Ratifizierung vorgelegt werden.

30
31 Umwelt- und Verbraucherschützer*innen mahnen vor
32 den sozialen und ökologischen Risiken bei Abschluss des
33 EU-Mercosur-Abkommens bei derzeitigem Stand des Ver-
34 handlungstextes. Sie befürchten, dass damit größere Hin-
35 dernisse bei Durchsetzung von Standards zum Schutz der
36 Umwelt, der Gesundheit und der Menschenrechte aufge-
37 baut werden.

38
39 Schon heute führen der Soja-Anbau sowie das Wachs-
40 tum der Rinderherden beispielsweise in Brasilien zu mas-
41 siver Abholzung, Landkonflikten und einer Verschärfung
42 der Klimakrise. Soja aus dem Mercosur landet massen-
43 haft in den Futtertrögen der europäischen Megaställe und
44 Mastanlagen. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Pro-
45 zent der Sojabohnen, die die EU auf dem Weltmarkt ein-
46 kauft, stammen aus dem Mercosur. Die europäische Über-

47 schussproduktion von Fleisch und Milch wäre ohne die
48 riesige Einfuhr von Soja und anderen Futtermitteln über-
49 haupt nicht aufrecht zu erhalten.

50

51 Weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde rechtliche Veran-
52 kerung des in der EU geltenden Vorsorgeprinzips. Im Ent-
53 wurf des Vertragstextes findet das Vorsorgeprinzip ein-
54 malig Erwähnung im nicht-sanktionsbewährten Nachhaltigkeitskapitel. Diese ist weitgehend zahnlos, denn Verstöße gegen dessen Bestimmungen können nicht unter dem Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismus des Abkommens behandelt werden.

59

60 Das Assoziationsabkommen sieht außerdem die Einrichtung eines Unterausschusses für Lebensmittelsicherheit vor (sogenanntes SPS Subcommittee), unter dem wiederum mehrere Dialoggruppen eingerichtet werden sollen. Diese befassen sich unter anderem mit Biotechnologie, Pestizidrückständen, Tierwohl und Antibiotikaresistenzen. Teilnehmen sollen "Repräsentant*innen der Vertragsparteien mit technischer Expertise", was mithin auch Industrievertreter*innen oder Expert*innen mit Verbindungen zur Lebensmittelindustrie umfassen kann. Bislang sieht der Vertragsentwurf keinerlei Regelungen zur parlamentarischen Kontrolle des Ausschusses vor.

72

73 Die zahlreichen Landkonflikte, die der Vormarsch des Agrobusiness in den Mercosur-Staaten anheizt, machen handelspolitische Regeln zum Schutz der Menschenrechte notwendig. Im Abkommen muss ein effektiver Schutz vor Landnahme für Betroffene rechtlich verankert werden, etwa gemäß dem UN-Konzept zur freien, vorherigen und informierten Zustimmung.

80

81 Bislang sieht das Assoziationsabkommen keinerlei Stärkung der viel zu schwachen Menschenrechtsklausel vor, die die EU in ihre Handelsverträge integriert. Diese erlaubt zwar grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferenzen bei schwerwiegenden Verstößen, jedoch kam es aufgrund der hohen Hürden, die die EU für die Aktivierung der Menschenrechtsklausel errichtete, bisher nie zu Handels-sanktionen. Die Wirksamkeit der Klausel wird auch durch das Fehlen effektiver Monitoring- und Beschwerdeinstanzen eingeschränkt.

91

92 Eine zukunftsweisende Handelspolitik entscheidet sich nicht in der Wahl zwischen radikalem Freihandel oder Protektionismus, sondern ist auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet, die die Zukunftsfragen der Menschheit wie den Klimaschutz, die Erhaltung der Biodiversität und den Schutz von Freiheits- und Grundrechten ins Zentrum rückt.

99

100 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in
101 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-
102 schen Parlament werden aufgefordert, sich für folgendes
103 Ziel einzusetzen:

104

105 Im Handelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit
106 den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paragu-
107 ay und Uruguay) sind Menschenrechte, geltende EU-
108 Standards im Klima-, Umwelt-, und Verbraucherschutz
109 rechtlich zu verankern. Deren Einhaltung und Durchset-
110 zung hat der parlamentarischen Kontrolle des Europäi-
111 schen Parlaments zu unterliegen. Zudem hat der Umgang
112 mit den diesjährigen Bränden im südamerikanischen Re-
113 genwald, die teils durch menschengelagte Feuer entstan-
114 den, gezeigt, dass insbesondere die brasilianische Regie-
115 rung nicht an dem Schutz dieses enorm wichtigen Öko-
116 systems interessiert ist. Die Nutznießer der Brandrohdun-
117 gen dürfen von einem Freihandelsabkommen nicht pro-
118 fitieren. Im Sinne der notwendigen Anstrengungen im
119 Kampf gegen die Klimakrise darf dem Handelsabkommen
120 EU-Mercosur nur bei Verankerung folgender Punkte zuge-
121 stimmt werden.

122

123 Konkret bedeutet das im Einzelnen:

- 124 • Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens
125 (u.a. keine Ausweitung von Weide- und Anbauflä-
126 chen durch Abholzung des Regenwaldes)
- 127 • die Einhaltung der ILO-Normen
- 128 • Stärkung und effektive Durchsetzung der
129 Menschenrechtsklausel, u.a. Einführung von
130 Monitoring- und Beschwerdeinstanzen für alle
131 Stakeholder*innen sowie Sanktionsmaßnahmen
- 132 • rechtliche Verankerung auf Schutz von Betroffenen
133 vor Landnahme und Vertreibungen
- 134 • Wahrung des EU-Vorsorgeprinzips
- 135 • Festlegung von Standards für Tierhaltung und Um-
136 weltschutz für den transatlantischen Lebensmittel-
137 handel (u.a. keine Absenkung von oder Verzicht auf
138 Importkontrollen)
- 139 • der Unterausschuss für Lebensmittelsicherheit (SPS
140 Subcommittee) sowie die Dialoggruppen sind der
141 Kontrolle des Europäischen Parlaments und der de-
142 mokratischen Parlamente der Mercosur-Staaten zu
143 unterstellen

144

145 Des Weiteren ist der Vertragstext des Assoziierungsab-
146 kommens mind. 1 Jahr vor Ratifizierung der Öffentlichkeit
147 zugänglich zu machen, damit eine kritische Auseinander-
148 setzung und Begleitung der Beratungen in den nationa-
149 len Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament ge-
150 währleistet ist. Auf die Schaffung von parallelen Rechts-
151 strukturen und Rechtssprechungsinstitutionen, die Un-
152 ternehmen und Investorinnen gegenüber Verbraucherin-

153 nen, Bürgerinnen und staatlichen Institutionen bevortei-
154 len, ist gänzlich zu verzichten. Darunter fallen insbeson-
155 dere private Schiedsgerichte, multilaterale Investorinnen-
156 gerichthöfe und jegliche Instrumente des Investorinnen-
157 schutzes und der Investorinnen-Staat-Streitbeilegung.